

Förderung der Rechtsstaatlichkeit für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Kasachstan

Ausgangssituation

Seit der Unabhängigkeit Kasachstans von der Sowjetunion im Jahr 1991 durchlief Kasachstan dank bedeutender Vorkommnisse von Bodenschätzen eine außerordentliche wirtschaftliche Entwicklung. Mittlerweile gehört Kasachstan zur Gruppe der „upper middle income countries“. In der im Dezember 2012 vom Präsidenten vorgestellten Strategie „Kasachstan 2050“ wurde das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 zu den 30 entwickeltsten Ländern der Erde zu gehören.

Die Implementierung rechtsstaatlicher Prinzipien in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, sowie die Befähigung der Justiz entsprechende Normen anzuwenden sind wichtige Meilensteine innerhalb des Reformprozesses. Bereits 2002 wurde eine erste Konzeption der Rechtspolitik Kasachstans verabschiedet, die 2009 von der durch Präsidialerlass festgestellten „Konzeption der Rechtspolitik für die Jahre 2010-2020“ abgelöst wurde, die nunmehr durch die Strategie „Kasachstan 2050“ ergänzt wird. Eines der Hauptziele ist es die Konkurrenzfähigkeit des Rechtssystems Kasachstans zu erhöhen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Mai 2015 verkündete Präsident Nasarbajew zudem für den Fall seiner Wiederwahl ein „100-Schritte-Programm“, das bedeutende institutionelle Reformen einleiten soll. Im rechtlichen Bereich liegen Schwerpunkte in der Professionalisierung der Verwaltung und der Erhöhung der Rechtssicherheit (etwa durch Abschaffung des sowjetisch geprägten Aufsichtsverfahrens).

Die Ausrichtung des Vorhabens zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Zentralasien mit einem Schwerpunkt im Bereich Verwaltungsrechtsreform fügt sich nahtlos in die nationalen Strategien ein.

Projektbezeichnung	Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Zentralasien
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Region	Zentralasien
Partner	Justizministerien, Oberste Gerichte, Fortbildungszentren für Richter und Beamte, Juristenvereinigungen und Rechtsinstitute
Laufzeit	01.07.2014 – 30.06.2018

Ziele

Das Regionalprogramm unterstützt Kasachstan bei Reformen im Rechts- und Justizbereich und will so zu einer Verbesserung der Rechtssicherheit beitragen. Rechtssicherheit begünstigt eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und fördert die Bereitschaft in- und ausländischer Unternehmer im Land zu investieren. Ein weiteres Ziel ist es, das Vertrauen der Bevölkerung in das Rechtssystem und seine Institutionen zu stärken.

Projektarbeit

Die wichtigsten Partner des Vorhabens in Kasachstan sind das Justizministerium, das Oberste Gericht und der Verfassungsrat, sowie Gerichte der Wirtschaftsgerichtsbarkeit, aber auch Hochschulen und deren Untergliederungen.



Linkes Bild: Unterbreitung von Fachpublikationen zum Verwaltungsrecht, Juni 2015, Almaty
Rechtes Bild: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts 2015



Linkes Bild: Interview mit der stellvertretenden Justizministerin Kasachstans, Sauresch Baimoldina, anlässlich der Verwaltungsrechtskonferenz des Obersten Gerichts im Juni 2015, Almaty

Rechtes Bild: Studienreise nach Wien, Februar 2015

Neben *ad hoc*-Gesetzgebungsberatung und Schulungen zu Rechtsmethodologie im Allgemeinen, sind folgende Schwerpunktmaßnahmen in der aktuellen Programmphase angesetzt:

1. Beratung von Arbeitsgruppen bei der Erarbeitung von Reformgesetzen

Das Regionalprogramm hat bereits Modellgesetze zum Verwaltungsprozess und –verfahren für Zentralasien erarbeitet, anhand derer zwei Arbeitsgruppen nun Entwürfe für ein neues Verwaltungsverfahren- und ein Verwaltungsprozessgesetz für Kasachstan erarbeiten. Erste Entwürfe zu beiden Gesetzen sollen Ende 2015/Anfang 2016 vorliegen; ein Inkrafttreten der Reformen ist für 2017 geplant.

Das bereits in der vorherigen Projektphase beratene Gesetz zur Einführung einer neuen Zivilprozessordnung wurde am 23. September 2015 vom Parlament verabschiedet. Das Vorhaben wird in der aktuellen Projektphase die Implementierung, unter anderem durch eine Kommentierung der Zivilprozessordnung, unterstützen.

2. Juristenfortbildung

In Kasachstan wird das Oberste Gericht unterstützt, seine Rechtsprechung den unteren Gerichtsinstanzen bekannt und verständlich zu machen und somit zur Vereinheitlichung der Rechtsprechung und Erhöhung der Rechtssicherheit beizutragen.

3. Beiträge zu jährlich stattfindenden Konferenzen

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Privatrecht der Universität Alma-Ata organisiert das Vorhaben alljährlich die internationale Konferenz „Zivilrechtslesungen“, die weit über den postsowjetischen Raum hinaus große Anerkennung genießt.

Alljährlich im November findet eine entsprechende internationale Konferenz zum Verwaltungsrecht an wechselnden Orten Zentralasiens statt, auf der Konzepte der in allen zentralasiatischen Ländern und Russland laufenden Verwaltungsrechtsreformen vorgestellt und diskutiert werden.

4. Fachpublikationen, Kommentare und Verbreitung von Rechtskenntnissen

Um eine einheitliche Rechtsentwicklung zu gewährleisten unterstützt das Programm die Veröffentlichung von Fachpublikationen, Gesetzeskommentaren und Lehrbüchern. Auch verlegt das Programm regional ein Jahrbuch des Öffentlichen Rechts und ab 2016 in Zusammenarbeit mit Hochschulinrichtungen eine juristische Fachzeitschrift. Bereits in vorangegangenen Projektphasen etablierte sich mit Hilfe der Beratung durch die GIZ eine Richterzeitschrift in Kasachstan, die nun eigenständig durch die Richtervereinigung beim Obersten Gericht weiter veröffentlicht wird.

Das Regionalvorhaben verfügt für die Projektdauer von vier Jahren über ein Budget von 8 Mio. Euro.

Herausgeber Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz in Bonn und Eschborn, Deutschland
„Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Zentralasien“
GIZ Office Astana
BC Astana Tower, Microdistrict Samal, 12
010000 Astana, Kasachstan
T +7 7172 58 04 58
F +7 7172 58 03 10
maria.krausenboeck@giz.de
www.rol-ca.org

Text Jörg Pudelka
Layout GIZ
Stand Oktober 2015

Die GIZ trägt die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieser Publikation.

Im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Adressen der BMZ Zweigstellen

BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 53113 Bonn, Deutschland T +49 (0)228 99 535-0 F +49 (0)228 99 535-3500	BMZ Berlin Stresemannstraße 94 10963 Berlin, Deutschland T +49 (0)30 18 535-0 F +49 (0)30 18 535-2501
---	--

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de